

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiter der 13. Auflage	XXVII
Bearbeiter 5. bis 12. Auflage	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
Teil 1 Die wettbewerbsrechtlichen Ansprüche und Einwendungen	1
Abschnitt 1 Das wettbewerbliche Unterlassungsrecht	3
Abschnitt 2 Das wettbewerbliche Beseitigungsrecht	307
Abschnitt 3 Das wettbewerbliche Schadensersatzrecht	353
Teil 2 Die Durchsetzung der wettbewerblichen Ansprüche (Wettbewerbsverfahrensrecht)	499
Abschnitt 1 Die Durchsetzung ohne Prozess	501
Abschnitt 2 Das Erkenntnisverfahren	583
Abschnitt 3 Die einstweilige Verfügung im Wettbewerbsrecht	749
Abschnitt 4 Besonderheiten der Zwangsvollstreckung	845
Verzeichnis der EuGH-Entscheidungen nach Aktenzeichen	885
Verzeichnis der BGH-Entscheidungen mit Entscheidungsname	891
Stichwortverzeichnis	945

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiter der 13. Auflage	XXVII
Bearbeiter 5. bis 12. Auflage	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
Teil 1 Die wettbewerbsrechtlichen Ansprüche und Einwendungen	1
Abschnitt 1 Das wettbewerbliche Unterlassungsrecht	3
Kapitel 1 Der materiell-rechtliche Anspruch auf Unterlassung	3
A. Begriff der Unterlassung	4
I. Funktionen des Begriffs	4
II. Unterlassung als Anspruchsgegenstand	5
B. Inhalt des Unterlassungsanspruchs	5
I. Zusätze zur Unterlassung	5
II. Positives Tun und Unterlassung; Abgrenzung vom Beseitigungsanspruch	6
1. Unterlassung durch Beseitigung	6
2. Unterlassen bei Weiterverbreitung (Einwirkung auf Dritte)	7
3. Verhältnis zum spezialgesetzlichen Rückruf	10
III. Positives Tun bei wettbewerbswidrigem Unterlassen	10
C. Entstehungshindernisse und Erlöschen	11
I. Entstehungshindernisse	11
II. Erlöschen	11
D. Die Anwendbarkeit bestimmter allgemeiner Vorschriften des BGB	11
I. Unmöglichkeit, Unvermögen	12
II. Verzug	12
III. (Spezifische) Pflichtverletzung i.S.d. § 280 BGB	13
IV. Fehlerhafte Geschäftsgrundlage oder Kündigung aus wichtigem Grund	13
V. Erfüllung, Nichterfüllung	13
VI. Teilleistungen (§§ 266, 420 BGB)	13
VII. Weitere Fragen	14
Kapitel 2 Die wettbewerblichen Unterlassungsansprüche	15
A. Historischer Überblick	15
B. Die Einteilung der wettbewerblichen Unterlassungsansprüche	17
C. Die Bedeutung der wettbewerblichen Unterlassungsansprüche	18
Kapitel 3 (freibleibend)	20
Kapitel 4 Die Anspruchsgrundlagen der Verletzungsunterlassung	21
A. Die direkten Unterlassungsansprüche	21
B. Die indirekten Unterlassungsansprüche	22
I. Schadensersatzansprüche	22
II. Absolute Rechte	22
III. Verbotsnormen	23

Inhaltsverzeichnis

IV.	Gebotsnormen	23
C.	Unterlassungsanspruch und Strafrechtsnormen	23
D.	Anspruchskonkurrenzen	24
I.	Anspruchskonkurrenz von Wertbewerbsvorschriften	24
II.	Wertbewerbsansprüche und Unterlassungsansprüche aus §§ 823 ff. BGB	26
III.	Das Verhältnis der Deliktsansprüche des BGB zueinander	27
E.	Der Ausschluss von Unterlassungsansprüchen	28
Kapitel 5 Die Voraussetzungen des Verletzungsunterlassungsanspruchs, insbesondere die konkrete Verletzungshandlung		29
A.	Allgemeines	29
B.	Die konkrete Verletzungshandlung	29
I.	Tatsächliche Begehung	30
II.	Konkrete Verletzungshandlung und Umfang des Anspruchs	30
III.	Konkrete Verletzungshandlung und vorbeugender Unterlassungsanspruch	32
C.	Die Rechtswidrigkeit	33
I.	Indizielle Wirkung der Tatbestandsverwirklichung	33
II.	Rechtfertigungsgründe	34
D.	Was braucht nicht vorzuliegen?	35
I.	Verschulden	35
II.	Schaden	35
Kapitel 6 Die Wiederholungsgefahr		36
A.	Begriffsbestimmung	36
I.	Die »Gefahr«	37
II.	Die »Wiederholung«	37
III.	Die Rechtswidrigkeit der Wiederholung	38
B.	Die Rechtsnatur der Wiederholungsgefahr	39
C.	Die wettbewerbsrechtliche Wiederholungsvermutung	40
D.	Besonderheiten der Wiederholungsgefahr bei § 8 Abs. 2 UWG, § 14 Abs. 7, § 15 Abs. 6 und § 128 Abs. 3 MarkenG sowie bei mehreren Tarbeteiligten	43
E.	Das anfängliche Fehlen der Wiederholungsgefahr	43
Kapitel 7 Der Fortfall der Wiederholungsgefahr		45
A.	Allgemeines	45
B.	Fortfall der Wiederholungsgefahr durch Änderung der Umstände?	45
I.	Rechtsänderungen	45
II.	Änderung der tatsächlichen Umstände	46
III.	Ausnahmefälle	47
C.	Beseitigung der Wiederholungsgefahr durch Unterwerfung	47
D.	Beseitigung der Wiederholungsgefahr durch Titel und Abschlusserklärung	49
I.	Urteil im Hauptsacheverfahren	49
II.	Abschlusserklärung	50
III.	Prozessvergleich	50
IV.	Notarielle Unterlassungserklärung	51
Kapitel 8 Die Beseitigung der Wiederholungsgefahr durch Unterwerfung		53
A.	Die Bedeutung der Unterwerfung	55
B.	Begriff und Inhalt der Unterwerfung	56
I.	Vorbemerkung	56
II.	Willenserklärung	57
III.	Form	58
IV.	Ernsthafter Unterlassungswille	60
V.	Erklärung unter einer Bedingung oder einem Vorbehalt	61
VI.	Befristung und aufschiebende Bedingung	65
VII.	Auslegung	66

VIII.	Die beiden Verpflichtungsvereinbarungen	67
1.	Die Unterlassungsverpflichtung	67
2.	Das Vertragsstrafeversprechen	71
3.	Folgen der Unwirksamkeit des Unterwerfungsvertrags für die Wiederholungsgefahr	81
IX.	Besondere Einschränkungen	81
1.	Schuldhafte Zu widerhandlungen	82
2.	Zusammenfassung mehrerer Verstöße	83
3.	Abkürzung der Verjährungsfrist	84
4.	Herabsetzung der Vertragsstrafe (§ 348 HGB)	85
5.	Abtretungsverbot	85
6.	Wesentliche Beeinträchtigungen	86
X.	Weitere Anforderungen an die Unterwerfung?	86
C.	Zeitpunkt der Unterwerfung	87
D.	Die Auswirkungen der Unterwerfung auf die Wiederholungsgefahr	87
I.	Wirkungen der einseitig bleibenden Unterwerfungserklärung	87
II.	Wirkung inter partes oder gegen jedermann?	91
1.	Ernstlichkeit	92
2.	Darlegungslast und Aufklärungspflicht	94
III.	Endgültige Wirkung oder »Wiederaufleben« bei Zu widerhandlungen?	95
1.	Wirkung einer neuen Zu widerhandlung auf die Wiederholungsgefahr	95
2.	Ansprüche aufgrund der neuen Zu widerhandlung	97
IV.	Aufhebung oder anderweitige Beendigung der Wirkung	97
Kapitel 9	Wesen und Rechtsgrundlage des vorbeugenden Unterlassungsanspruchs	99
A.	Wesen und Abgrenzung	99
B.	Die Grundlagen des vorbeugenden Unterlassungsanspruchs.	100
Kapitel 10	Die Erstbegehungsgefahr	102
A.	Begriffsbestimmung	102
I.	Erstbegehungsgefahr	103
II.	Inhalt der Erstbegehungsgefahr	104
B.	Wann liegt Erstbegehungsgefahr vor?	104
I.	Berühmung	105
II.	Vorbereitungshandlung	107
III.	Wegfall berechtigter Interessen	109
IV.	Verletzungähnliche Handlungen	109
V.	Verjährige Verletzungshandlungen.	110
VI.	Verletzungshandlungen gegen ein als verfassungswidrig außer Kraft gesetztes und durch gleichartige Bestimmungen ersetzes Gesetz	110
VII.	Unterlassen wiederholungsunterbindender Weisungen bei Rechtsnachfolge	111
C.	Der Fortfall der Erstbegehungsgefahr	111
I.	Erlöschen des Anspruchs	111
II.	Voraussetzungen des Fortfalls.	111
III.	Beseitigung der durch Titelschutzanzeige begründeten Erstbegehungsgefahr	113
Kapitel 11	Rechtsgrundlagen, Formen und Bedeutung des vertraglichen Unterlassungsanspruchs	115
A.	Rechtsgrundlagen des vertraglichen Unterlassungsanspruchs	115
B.	Formen und Bedeutung des vertraglichen Unterlassungsanspruchs	116
Kapitel 12	Voraussetzungen, Inhalt, Abgrenzung und Erlöschen des vertraglichen Unterlassungsanspruchs	118
A.	Die Voraussetzungen des vertraglichen Unterlassungsanspruchs	118
B.	Der Inhalt des vertraglichen Unterlassungsanspruchs	119
C.	Die Verletzung der vertraglichen Unterlassungspflicht	121
D.	Das Verhältnis des vertraglichen zum gesetzlichen Unterlassungsanspruch	121

Inhaltsverzeichnis

E. Das Erlöschen des vertraglichen Unterlassungsanspruchs	123
Kapitel 13 Die Gläubiger des Unterlassungsanspruchs	124
A. Der (unmittelbar verletzte) Mitbewerber	126
B. Verbände	135
I. Allgemeines	135
II. Die Arten der Verbände	137
1. Verbände zur Förderung gewerblicher oder selbstständiger beruflicher Interessen	137
2. Verbraucherverbände	150
3. Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gewerkschaften	152
III. Rechtsmissbrauch von Verbänden	153
1. Anwaltsgebührenvereine	154
2. Abmahnvereine	154
3. Vereine als Strohmann für Dritte	155
C. Der Missbrauchstatbestand des § 8c UWG	156
I. Inhalt und Zweck der Bestimmung	156
II. Die Rechtsnatur der Vorschrift	157
III. Die Wirkungen der Vorschrift	160
IV. Die Prüfung der Vorschrift	162
V. Die Fallgruppen des Missbrauchstatbestands	165
Kapitel 14 Der Schuldner des Unterlassungsanspruchs	173
A. Begriff	175
B. Die Haftung für eigenes Verhalten	175
I. Täter, Mittäter	175
II. Teilnehmer	183
III. Störerhaftung bei Verletzung von absoluten Rechten	185
C. Die Haftung für das Verhalten Dritter	190
I. §§ 278, 831 BGB	190
II. Die wettbewerbsrechtlichen Vorschriften	190
1. § 8 Abs. 2 UWG	190
2. Regelungen in anderen Gesetzen	197
D. Die Haftung mehrerer Schuldner	197
Kapitel 15 Die Rechtsnachfolge beim Unterlassungsanspruch	199
A. Die Rechtsnachfolge auf der Gläubigerseite	199
I. Die Abtretung	199
II. Die Veräußerung und Pfändung	202
III. Die Gesamtrechtsnachfolge	202
B. Die Rechtsnachfolge auf der Schuldnerseite	203
I. Die befreiende Schuldübernahme	203
II. Der Schuldbeitritt	203
III. Die Schuldnachfolge bei Universalsukzession	204
Kapitel 16 Die Verjährung des Unterlassungsanspruchs	207
A. Allgemeines	208
I. Grundlagen	208
II. Sonderfälle	209
III. Vorbeugende Unterlassungsansprüche	209
IV. Verjährung und Begehungsgefahr	210
B. Beginn der Verjährung	210
I. Allgemeines	210
1. Entstehung des Anspruchs und Zuwiderhandlung	210
2. Kenntnis von der Verletzungshandlung	211
3. Kenntnis von der Person des Verletzers	213
II. Einzelhandlungen, Dauerhandlungen, fortgesetzte Handlungen	213

C.	Dauer der Verjährung	215
I.	Allgemeines	215
II.	Das Verhältnis des § 11 UWG zu § 195 BGB	215
1.	Grundsatz	215
2.	Ansprüche aus § 823 Abs. 1 BGB	216
3.	Ansprüche aus § 823 Abs. 2 BGB	216
4.	Ansprüche aus § 824 und § 826 BGB	217
5.	Ansprüche aus dem Markengesetz	217
6.	Ansprüche aus dem Unterlassungsklagengesetz	217
7.	Kein Wahlrecht des Gläubigers	217
III.	Ansprüche aus einer Unterwerfung	217
D.	Wirkung der Verjährung	219
I.	Grundlagen	219
II.	Praktische Bedeutung	220
E.	Neubeginn der Verjährung	221
I.	Anerkenntnis	221
II.	Vollstreckungshandlung	221
F.	Hemmung der Verjährung	222
I.	Wirkung	222
II.	Abmahnung und Anrufung der Einigungsstelle	222
III.	Gerichtliche Geltendmachung	222
1.	Klage und Antrag auf Prozesskostenhilfe	222
2.	Reichweite der Hemmungswirkung	223
3.	Negative Feststellungsklage	224
4.	Antrag auf Erlas einer einstweiligen Verfügung	224
5.	Sonstige Tatbestände des § 204 BGB	225
6.	Ende der Hemmung	225
IV.	Verhandlungen	226
V.	Vereinbarungen über die Verjährung	227
Kapitel 17	Die Verwirkung des Unterlassungsanspruchs	228
A.	Rechtsgrundlagen	228
B.	Verwirkung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen	229
I.	Rechtsgrundlage und Wirkungen	229
II.	Voraussetzungen	231
1.	Untätigkeits- und Vertrauenstatbestand	231
2.	Schutzwürdiger Besitzstand	234
III.	Die Grenzen der Verwirkung	238
1.	Öffentliche Interessen	238
2.	Umfang des Besitzstands	241
3.	Gegenstand des Anspruchs	242
C.	Die Verwirkungstatbestände des § 21 und des § 51 Abs. 2 MarkenG	242
I.	Gesetzliche Regelung	242
II.	Voraussetzungen	244
Kapitel 18	Der Abwehreinwand gegen den Unterlassungsanspruch	246
A.	Der Begriff der »Abwehr«	246
B.	Die Rechtsgrundlage des Abwehreinwands	246
C.	Die Voraussetzungen der Abwehr	247
I.	Der Angriff	247
II.	Die Abwehrmaßnahmen	248
III.	Die Verhältnismäßigkeit der Abwehr	249
1.	Erforderlichkeit	249
2.	Verhältnismäßigkeit	249
3.	Beurteilung aus objektiver Sicht	250

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 19 Andere Einwände gegen den Unterlassungsanspruch (Üblichkeit, Rechtsmissbrauch, Rechtsverteidigung, Aufbrauchfrist)	251
A. Üblichkeit	251
B. Rechtsmissbrauch.	252
I. Rechtsgrundlagen	252
II. Unclean hands.	253
III. Diskriminierung	254
IV. Allgemeine Rechtsgrundsätze des § 242 BGB	254
1. Venire contra factum proprium.	254
2. Missbräuchliche Ausnutzung formaler Rechtspositionen.	255
3. Andere Missbrauchstatbestände	256
C. Rechtsverteidigung	258
I. Einwirkung auf andere Verfahren	258
D. Einwilligung.	260
E. Aufbrauch- oder Umstellungsfrist (Verweis auf Kap. 57 und Kap. 8)	260
Kapitel 20 Die Vertragsstrafe als Sanktionsmittel	261
A. Allgemeines	262
B. Begriffsbestimmung	263
C. Zustandekommen und Inhalt des Vertragsstrafeversprechens	265
I. Zustandekommen	265
II. Inhalt.	268
III. Einschränkungen der Privatautonomie	270
IV. Besondere Vereinbarungen.	271
D. Der Verfall der Vertragsstrafe	272
I. Schuldhafte Zu widerhandlung.	272
II. Zeitpunkt	274
III. Geltendmachung.	274
IV. Mehrere Zu widerhandlungen	276
V. Mehrere Schuldner	280
VI. Abtretbarkeit und Vererblichkeit des Anspruchs, Verjährung	281
E. Die Konkurrenz des Vertragsstrafeanspruchs mit gesetzlichen Ansprüchen und/oder mit der Ordnungsmittelfestsetzung nach § 890 ZPO	282
F. Das Erlöschen der Vertragsstrafeverpflichtung	283
I. Allgemeines	283
II. Einfluss einer Veränderung der von den Parteien bei Begründung der Pflicht angenommenen Rechtslage.	284
Kapitel 21 Europarechtliche Vorgaben.	288
A. Allgemeines	290
B. Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken.	293
I. Harmonisierungsgrad	293
II. Anwendungs- und Regelungsbereich	294
III. Auslegung durch den EuGH	299
C. Richtlinie über irreführende und vergleichende Werbung.	301
I. Harmonisierungsgrad	301
II. Irreführende Werbung.	302
III. Vergleichende Werbung.	302
IV. Auslegung durch den EuGH	303
D. Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation	304
E. Richtlinie über Geschäftsgeheimnisse.	305

Abschnitt 2 Das wettbewerbliche Beseitigungsrecht.....	307
Kapitel 22 Wesen und Voraussetzungen des Beseitigungsanspruchs	307
A. Wesen und Rechtsgrundlage des Beseitigungsanspruchs; Abgrenzungen.....	308
I. Schadensersatz- und Abwehrfunktion	308
II. Abgrenzung vom Unterlassungsanspruch.....	308
1. Überschneidung zum Unterlassungsanspruch; Verfügungsbefugnis des Schuldners.....	309
2. Verschiedenheit vom Unterlassungsanspruch	310
III. Verhältnis zu spezialgesetzlichen Rückruf- und Vernichtungsvorschriften	312
IV. Abgrenzung vom Schadensersatzanspruch	312
B. Die Voraussetzungen des Beseitigungsanspruchs.....	313
I. Begangene Verletzungshandlung	313
II. Verschulden nicht erforderlich.....	313
III. Verhältnismäßigkeit und Zumutbarkeit.....	314
IV. Fehlen einer Duldungspflicht	314
V. Fordauer des Störungszustands.....	314
Kapitel 23 Gläubiger und Schuldner des Beseitigungsanspruchs	315
A. Der Gläubiger des Beseitigungsanspruchs.....	315
I. Der Betroffene	315
II. Mitbewerber und Verbände	315
B. Der Schuldner des Beseitigungsanspruchs	315
Kapitel 24 Inhalt und Systematik des Beseitigungsanspruchs	317
A. Der Inhalt des Beseitigungsanspruchs.....	317
I. Mögliche Fallgestaltungen	317
II. Rahmenanordnung mit Wahlmöglichkeiten des Schuldners	318
III. Bestimmtheitsgrundsatz auch bei der Beseitigung?	319
IV. Lösungsvorschlag.....	319
B. Die Systematik der Beseitigungsansprüche	320
Kapitel 25 Die Ansprüche auf Beseitigung körperlicher Störungen	322
A. Die Beseitigung unmittelbar störender körperlicher Zustände	322
I. Körperliche Zustände	322
II. Die Arten der Beseitigung	323
III. Die Erforderlichkeit der Beseitigung	324
B. Die Beseitigung latent störungsträchtiger körperlicher Zustände	325
I. Wann besteht ein solcher Anspruch?	325
II. Der Inhalt des Anspruchs	326
C. Die Beseitigung von als Ergebnis einer Verletzungshandlung entstandenen Objekten	328
Kapitel 26 Die Ansprüche auf Beseitigung unkörperlicher Störungen.....	329
A. Allgemeines	329
B. Der Anspruch auf Widerruf.....	330
I. Begriff und Zweck	330
II. Rechtswidriger Zustand als Voraussetzung	330
III. Unrichtigkeit der zu widerrufenden Angabe, Privilegierung von Verfahrensaußerungen	331
IV. Erforderlichkeit und Interessenabwägung	332
V. Widerrufserklärung und -vollstreckung	335
C. Der eingeschränkte Widerruf	336
D. Die Gegendarstellung	337
E. Die Urteilsveröffentlichung	338
I. Wesen des Veröffentlichungsanspruchs	338
II. Rechtliche Qualifizierung	340
III. Gegenstand des Veröffentlichungsanspruchs	340
IV. Ausgleich von ungerechtfertigten Nachteilen.....	343

Inhaltsverzeichnis

V.	Erforderlichkeit und Abgrenzung vom Widerrufsanspruch	343
VI.	Die Art der Bekanntmachung	345
VII.	Verweigerung der Veröffentlichung durch das Publikationsorgan.....	346
F.	Der Anspruch auf Duldung anderer Beseitigungsmaßnahmen des Verletzten	346
G.	Der Kontrahierungzwang als Beseitigungsmaßnahme	348
Kapitel 27 Einwendungen und Einreden gegen den Beseitigungsanspruch		350
A.	Allgemeines	350
B.	Die Bedeutung des Verwirkungseinwands und anderer Einwände aus Treu und Glauben beim Beseitigungsanspruch	350
C.	Die Bedeutung der Verjährungseinrede beim Beseitigungsanspruch.....	350
D.	Die Selbständigkeit der Einwendungen und Einreden gegen den Beseitigungsanspruch.....	351
Abschnitt 3 Das wettbewerbliche Schadensersatzrecht		353
Kapitel 28 Die Bedeutung des wettbewerblichen Schadensersatzanspruchs		353
Kapitel 29 Die Grundlagen des wettbewerbsrechtlichen Schadensersatzanspruchs		354
A.	Die gesetzlichen Normen	354
B.	Ansprüche aus Vertrag	355
C.	Die Konkurrenz der Ansprüche	355
Kapitel 30 Die Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs		358
A.	Die Verletzungshandlung	359
B.	Schaden und Kausalität	361
C.	Verschulden	363
I.	Allgemeines	363
II.	Verschulden und Irrtum	364
1.	Irrtum über die Tatumsände oder die Rechtswidrigkeit	364
2.	Irrtum aus Fahrlässigkeit	364
3.	Fallgruppen	367
III.	»Nachträgliches Verschulden	369
IV.	Haftung für Auswahl- und für Organisationsverschulden	370
V.	Haftung für das Verschulden von Mitarbeitern und Beauftragten	370
D.	Mitwirkendes Verschulden des Verletzten	371
I.	Mitverschulden bei der Schadensentstehung, § 254 Abs. 1 BGB	371
II.	Obliegenheiten des Geschädigten gemäß § 254 Abs. 2 Satz 1 BGB	371
1.	Warnung	372
2.	Schadensabwehrung oder -minderung	372
III.	Einstandspflicht für Verhalten Dritter, § 254 Abs. 2 Satz 2 BGB	373
Kapitel 31 Gläubiger und Schuldner des Schadensersatzanspruchs		374
A.	Der Gläubiger des Schadensersatzanspruchs	375
I.	Allgemeines	375
1.	Mitbewerber und Verbraucher als Gläubiger von Schadensersatzansprüchen	375
2.	Verbände als Gläubiger von Schadensersatzansprüchen	375
3.	Besonderheiten bei bestimmten Schadensersatzansprüchen	376
II.	Der Gläubiger bei Ansprüchen aus § 9 Abs. 1 UWG	378
III.	Der Gläubiger bei Ansprüchen aus § 9 Abs. 2 UWG	378
B.	Der Schuldner des Schadensersatzanspruchs	379
Kapitel 32 Einwendungen und Einreden gegen den wettbewerbsrechtlichen Schadensersatzanspruch		383
A.	Die Verwirkung und andere Einwendungen beim Schadensersatzanspruch	383
B.	Die Verjährung des wettbewerbsrechtlichen Schadensersatzanspruchs	384

I.	Die Rechtsgrundlage der Verjährung	384
II.	Der Beginn der Verjährung	384
III.	Der Neubeginn und die Hemmung der Verjährung	386
IV.	Die Herausgabe des Erlangten nach Verjährungsseintritt	387
Kapitel 33 Der wettbewerbsrechtlich bedeutsame Schaden und sein Ersatz		389
A.	Die Problematik des Schadens	389
B.	Die Schadensformen	390
I.	Die vier Grundtypen	390
II.	Schaden bei Verbrauchern	391
III.	Vermögensschaden	391
C.	Die Ersatzleistung	392
I.	Allgemeines	392
II.	Naturalrestitution	392
III.	Geldleistung	394
Kapitel 34 Die Schadensberechnung		396
A.	Die konkrete Schadensberechnung	398
I.	Der positive Schaden	399
1.	Rechtsverfolgungskosten	399
2.	Marktverwirrungsschaden	400
3.	Positiver Schaden bei Verbrauchern	404
II.	Der entgangene Gewinn	406
B.	»objektive Schadensberechnung«	407
I.	Historische Entwicklung und gesetzliche Grundlagen	407
1.	Entwicklung in der Rechtsprechung	407
2.	Europäische Einflüsse	409
II.	Das Verhältnis der drei Berechnungsarten zueinander	411
III.	Das Wahlrecht des Gläubigers	414
IV.	Die praktische Handhabung der objektiven Berechnungsarten	415
1.	Berechnung nach fiktiven Lizenzgebühren (Lizenzanalogie)	415
2.	Herausgabe des Verletzergewinns	424
Kapitel 35 Die Vertragsstrafe als Schadensersatz		429
A.	Die Schadensausgleichsfunktionen der Vertragsstrafe und ihre Folgen	429
B.	Verweisung auf Kapitel 20	430
Kapitel 36 Der Schadensersatz gem. § 945 ZPO		431
A.	Die Kehrseite wettbewerbsrechtlicher einstweiliger Verfügungen	432
B.	Die Schadensersatzansprüche aus § 945 ZPO	432
C.	Schadensersatz wegen ungerechtfertigter einstweiliger Verfügung	433
I.	Allgemeines	433
II.	Der Nachweis der Ungerechtfertigkeit	434
III.	Die Frage der Bindungswirkung von Vorentscheidungen	435
IV.	Beurteilungsschwierigkeiten bei (unstreitig) bestehender Bindungswirkung	438
D.	Schadensersatz wegen Fristversäumnis	438
I.	Versäumnisfälle	438
II.	Fristversäumnung trotz Hauptsacheklage?	439
E.	Das Verhältnis des § 945 ZPO zu § 717 ZPO	439
F.	Das Verhältnis des § 945 ZPO zum Schadensersatz und zur Herausgabe ungerechtfertigter Bereicherung nach BGB-Vorschriften	439
G.	Der nach § 945 ZPO zu ersetzende Schaden	440
I.	Allgemeines	440
II.	Beweislast	443
III.	Beispiele	443
IV.	Die Kosten des Verfügungsverfahrens als Schaden	443
V.	Ordnungsmittel gem. § 890 ZPO als Schaden	444
H.	Einzelfragen	444

Inhaltsverzeichnis

I.	Mitverschulden (§ 254 BGB)	444
II.	Aufrechnung	446
III.	Verjährung	446
IV.	Ausschluss nach § 242 BGB	447
V.	Schadensschätzung	447
Kapitel 37 Die Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG		448
A.	Vorbemerkung	449
B.	Entstehungsgeschichte, Rechtsnatur und Funktionen des Anspruchs	450
I.	Entstehungsgeschichte	450
II.	Rechtsnatur	451
III.	Funktionen	452
C.	Voraussetzungen des Anspruchs	453
I.	Vorsätzlicher Verstoß	453
II.	Gewinnerzielung zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern	454
1.	Ermittlung des Gewinns	454
2.	Zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern	456
D.	Anrechenbare Leistungen des Verletzers	457
E.	Anspruchsgläubiger	458
I.	Aktivlegitimation	458
II.	Gläubigermehrheit	461
III.	Erstattung der Aufwendungen	462
F.	Die Durchsetzung des Gewinnabschöpfungsanspruchs	464
I.	Leistungsklage	464
II.	Auskunftsklage	464
III.	Stufenklage	465
IV.	Feststellungsklage	465
V.	Verjährung	466
Kapitel 38 Der Auskunftsanspruch		467
A.	Wesen und Rechtsgrundlagen des Anspruchs	468
B.	Der akzessorische Auskunftsanspruch	469
I.	Die rechtliche Beziehung zwischen Auskunftspflichtigem und Berechtigtem	470
II.	Notwendiges Bestehen eines Hauptanspruchs	470
III.	Weitere Voraussetzungen des Auskunftsanspruchs	471
IV.	Art, Inhalt und Umfang der Auskunftspflicht	472
1.	Das zur Vorbereitung des Hauptanspruchs Erforderliche	473
2.	Die Belange des Verletzers und die Interessenabwägung	477
3.	Auskünfte zur Überprüfung der Richtigkeit von Angaben, Wirtschaftsprüfvorbehalt	479
C.	Der selbständige Auskunftsanspruch	482
D.	Einzelfragen	486
Kapitel 39 Der Anspruch auf Rechnungslegung		489
A.	Wesen und Rechtsgrundlagen des Anspruchs	489
B.	Voraussetzungen und Anwendungsbereich des Anspruchs	489
C.	Der Inhalt des Anspruchs	491
D.	Die Durchsetzung des Anspruchs (Verweisung)	491
Kapitel 40 Der Bereicherungsanspruch		492
A.	Die Möglichkeiten bereicherungsrechtlicher Haftung im gewerblichen Rechtsschutz	492
B.	Der Umfang des Bereicherungsanspruchs	495
C.	Die Herausgabe der Bereicherung bei unerlaubter Handlung	497
D.	Mitverschulden, Gesamtschuld, Verjährung	497

Teil 2	Die Durchsetzung der wettbewerblichen Ansprüche (Wettbewerbsverfahrensrecht)	499
Abschnitt 1 Die Durchsetzung ohne Prozess		501
Kapitel 41 Die Abmahnung		501
A.	Wesen, Bedeutung und Rechtsnatur.....	504
I.	Wesen und Bedeutung.....	504
II.	Rechtsnatur und praktische Konsequenzen	505
1.	Anwendbarkeit des § 174 BGB.....	506
2.	Zugangserfordernis	508
B.	Zweck	509
C.	Form und Inhalt.....	510
I.	Form	510
II.	Notwendiger Inhalt	511
1.	Aufforderung zur Unterwerfung (§ 13 Abs. 1 UWG), Klagedrohung, Fristsetzung.....	511
2.	Angaben zu Gläubiger, Vertreter und Schuldner (§ 13 Abs. 2 Nr. 1 UWG)	512
3.	Angaben zur Anspruchsberechtigung (§ 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG).....	512
4.	Angaben zum Anspruch auf Aufwendungsersatz (§ 13 Abs. 2 Nr. 3 und 5 UWG)....	513
5.	Angaben zur Rechtsverletzung (§ 13 Abs. 2 Nr. 4 UWG).....	513
6.	Bemessung der Frist	515
III.	Darüber hinaus empfehlenswerter Inhalt	517
D.	Notwendigkeit	517
I.	Fragestellung und Einteilung.....	517
II.	Entbehrlichkeit wegen vorauszusehender Erfolglosigkeit	518
III.	Entbehrlichkeit wegen Unzumutbarkeit	521
1.	Vereitelungsgefahr	521
2.	Besonders geartete Verstöße	523
E.	Reaktion des Abgemahnten	525
I.	Begründete Abmahnung	525
1.	Unterwerfung und gleichwertige Alternativen.....	525
2.	Anforderungen an die Unterwerfungserklärung	526
3.	Antwort- und Aufklärungspflicht des Abgemahnten.....	528
II.	Unbegründete Abmahnung	529
1.	Empfehlenswerte Reaktion	529
2.	Keine Antwortpflicht	529
3.	Mitverschulden	531
III.	Zweifelhafte Rechtslage	531
F.	Die Rechtsfolgen unbegründeter Abmahnungen	532
I.	Allgemeines	532
II.	Feststellungsklage	532
III.	Abwehr- und Schadensersatzansprüche	534
IV.	Ersatz der Kosten für die Verteidigung	538
G.	Erstattung der Abmahnkosten	540
I.	§ 13 Abs. 3 UWG	540
1.	»Berechtigte Abmahnung	541
2.	Teilweise berechtigte Abmahnung	543
3.	Ausschluss-Tatbestände in § 13 Abs. 3 und 4 UWG	544
II.	Geschäftsführung ohne Auftrag	545
III.	Schadensersatz	546
IV.	§ 91 ZPO	547
V.	Höhe und Inhalt des Erstattungsanspruchs	547
VI.	Verjährung	551

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 42 Das Verfahren vor den Einigungsstellen	552
A. Rechtsgrundlagen	552
B. Zielsetzung	554
C. Zuständigkeit	555
I. Sachliche Zuständigkeit	555
1. Streitigkeiten aus dem UWG	555
2. Streitigkeiten nach dem UKlaG	556
3. Keine Zuständigkeit für sonstige Streitigkeiten	556
II. Örtliche Zuständigkeit	556
D. Verfahren	556
I. Verfahrensvorschriften	556
II. Einleitung des Verfahrens	557
III. Ablehnungsrecht der Einigungsstelle	558
IV. Verfahrensdurchführung	559
E. Gerichtliche Entscheidungen im Einigungsverfahren	562
F. Wirkungen	563
I. Verfahrensrechtliche Wirkungen	563
1. Negative Feststellungsklage nach Anrufung der Einigungsstelle	563
2. Sonstige Klagen und vorläufiger Rechtsschutz nach Anrufung der Einigungsstelle	563
3. Klagen wegen eines Anspruchs auf Vertragsstrafe	565
4. Anrufung der Einigungsstelle nach Anhängigkeit des Rechtsstreits	565
II. Materiell-rechtliche Wirkungen	565
G. Einrichtung und Besetzung der Einigungsstellen	566
H. Amtshaftung	567
Kapitel 43 Das Abschlussverfahren	568
A. Ausgangslage und Funktion	569
I. Ausgangslage	569
II. Funktion	569
III. »Umgekehrtes« Abschlusssschreiben	569
B. Die Abschlusserklärung	570
I. Notwendiger Inhalt	570
II. Zugangs- und Annahmebedürftigkeit	571
1. Zugangsbedürftigkeit	571
2. Keine Annahmebedürftigkeit	572
III. Wirkungen	572
IV. Überflüssige Erklärungsinhalte	573
V. Bedingungen oder andere Vorbehalte	574
VI. Form	574
VII. Nachträglicher Fortfall der Wirkungen	575
C. Das Abschlusssschreiben	575
I. Funktion	575
II. Zeitpunkt	575
III. Inhalt	575
1. Aufforderung zur Abgabe der Abschlusserklärung	575
2. Begründung	576
3. Fristsetzung	576
4. Klagedrohung	576
5. Keine weiteren Anforderungen	577
IV. Form	577
V. Erforderlichkeit	577
VI. Zugangsbedürftigkeit	578
VII. Anspruch auf Kostenerstattung	578
D. Abschlusserklärung und Unterwerfung	581
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	581
II. Wahlmöglichkeiten für Gläubiger und Schuldner	581

Abschnitt 2 Das Erkenntnisverfahren	583
Kapitel 44 Einführung	583
A. Die Verfahrensarten	583
B. Wettbewerbsprozess und allgemeiner Zivilprozess	583
C. Gegenstand der Untersuchung	584
Kapitel 45 Rechtsweg und Zuständigkeit	585
A. Der Rechtsweg	587
I. Allgemeines	587
II. Abgrenzungen	588
III. Schiedsvereinbarungen	590
IV. Prüfung der Zulässigkeit des Rechtswegs	590
B. Die Zuständigkeit	591
I. Die sachliche Zuständigkeit	591
1. Die sachliche Zuständigkeit der Landgerichte	591
2. Die sachliche Zuständigkeit beim Verbraucherschadensersatz	594
II. Die funktionelle Zuständigkeit (oder gesetzlich geregelte Geschäftsverteilung)	595
III. Die örtliche Zuständigkeit	596
IV. Die internationale Zuständigkeit	601
1. Grundlagen	601
2. Insbesondere: Regelungen der EuGVVO	602
V. Die prozessuale Bedeutung und Behandlung der Zuständigkeit	611
Kapitel 46 Die Klage	613
A. Klageantrag und Streitgegenstand	614
I. Klageantrag	614
II. Streitgegenstand	615
III. Dispositionsmaxime	621
B. Klagehäufung	621
I. Objektive Klagehäufung	621
II. Subjektive Klagehäufung	622
C. Klageänderung	622
I. Bedeutung im Wettbewerbsprozess	622
II. Begriff und Wesen	623
III. Formen der Klageänderung	623
1. Änderung des Klagegrundes	623
2. Änderung des Klageantrags	625
IV. Zulässigkeit der Klageänderung	626
V. Präklusion der Klageänderung	627
VI. Besondere Risiken im Wettbewerbsprozess	628
D. Klagerücknahme	628
E. Erledigung der Hauptsache	628
I. Allgemeines	628
II. Häufiges Vorkommen im Wettbewerbsprozess	629
III. Erledigungsgründe	630
IV. Hilfweise Erklärung	632
V. Erledigung in allen Instanzen	633
VI. Geklärte Einzelfragen	634
VII. Kostenfragen	635
Kapitel 47 Tatsachenfeststellung ohne Beweis, Beweisführung und Beweislast	637
A. Die Bedeutung der Tatsachenfeststellung	638
B. Tatsachenfeststellung ohne Beweisverfahren	638
I. Vorbemerkung	638
II. Feststellung der Verkehrsauffassung	639
III. Feststellung anderer Tatsachen	642

Inhaltsverzeichnis

C.	Beweiserhebung über die Verkehrsauffassung	642
I.	Vorbemerkung	642
II.	Zulässige Beweismittel	643
1.	Auskünfte	643
2.	Meinungsforschungsgutachten	644
D.	Der relevante Teil des Verkehrs	648
E.	Testpersonen als Zeugen	648
F.	Besonderheiten der Darlegungs- und Beweislast	649
Kapitel 48 Verfahrensunterbrechungen		653
A.	Die Unterbrechung durch Insolvenz	654
I.	Allgemeines	654
II.	Die Unterbrechung des Unterlassungsprozesses	655
1.	Insolvenz des Unterlassungsklägers	656
2.	Insolvenz des Unterlassungsbeklagten	657
III.	Die Unterbrechung anderer Prozesse	658
IV.	Die Unterbrechung bei nur teilweise insolvenzbefangenem Streitgegenstand	658
V.	Die Aufnahme unterbrochener Prozesse	658
B.	Die Aussetzung des Verfahrens	659
I.	Allgemeines	659
II.	Die Aussetzung nach § 148 ZPO	659
1.	Wettbewerbsprozess	659
2.	Schutzrechtsverletzung	660
III.	Die (frühere) Aussetzung wegen kartellrechtlicher Vorfragen	661
IV.	Besonderheiten des Verfügungsverfahrens (Verweisung)	661
C.	Das Verfahren zur Vorlage an den EuGH	662
I.	Wesen und Funktion der Vorlage	662
II.	Relevante Einzelfragen des Verfahrens	663
Kapitel 49 Der Streitwert der Wettbewerbsverfahren		670
A.	Allgemeines	671
B.	Die Arten des Streitwerts	672
I.	Zuständigkeits- und (Rechtsmittel-)Zulässigkeitsstreichwert	672
II.	Kostenwert	672
C.	Streitwertschätzung (§ 3 ZPO)	672
I.	Allgemeines	672
II.	Der Streitwert der Unterlassungsklage und der Unterlassungsverfügung	675
1.	Das Interesse des Klägers oder Antragstellers	676
2.	Das Interesse Dritter	679
3.	Streitwertbemessung bei mehreren Klägern oder Beklagten	681
4.	Besonderheiten des Streitwerts der einstweiligen Verfügung	681
5.	Streitwertberechnung bei »objektiver Klagehäufung«	683
6.	Kosten der vorprozessualen Rechtsverfolgung	683
III.	Der Streitwert anderer wettbewerblicher Verfahren	684
1.	Beseitigung	684
2.	Schadensersatzfeststellung	684
3.	Die negative Feststellungsklage	686
4.	Auskunft und Rechnungslegung	686
5.	Vollstreckung	687
D.	Der Streitwert nach Erledigung der Hauptsache	688
I.	Allgemeines	688
II.	Einseitige Erledigungserklärung	689
E.	Die Streitwertfestsetzung	691
I.	Zeitpunkt	691
II.	Anhörung der Parteien	691
F.	Streitwertermäßigung	692

Kapitel 50 Beratungshilfe, Prozesskostenhilfe und Streitwertbegünstigung	693
A. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	693
B. Die Streitwertbegünstigung	693
I. Allgemeines und Kritik	693
II. Voraussetzungen	695
III. Aussichten der Rechtsverfolgung	696
IV. Keine ausdehnende Anwendung	696
V. Verfahren	697
VI. Entscheidung und Folgen	698
VII. Bemessung	698
Kapitel 51 Die Unterlassungsklage	700
A. Der Unterlassungsklageantrag	701
I. Problemstellung und Bedeutung des § 139 ZPO	701
II. Abgrenzung zum Beseitigungsklageantrag	704
III. Formulierungsprobleme	705
1. Bestimmtheit des Antrags	706
2. Umfang des Antrags	712
3. Verfehlte Verletzungsform	713
IV. Ausgeschlossene Erweiterungen	713
V. Zusätze im Klageantrag	714
1. Einschränkung eines zulässigen und begründeten Antrags	715
2. Einschränkung eines zu weitgehenden Antrags	715
VI. Haupt- und Hilfsantrag	716
VII. Kumulative Klagehäufung	719
VIII. Antrag zur Störerhaftung	720
IX. Der »Insbesondere«-Antrag	720
X. Andere zusätzliche Anträge	722
XI. Die Bindung des Gerichts an den Antrag	723
B. Rechtshängigkeit und Rechtskraft	724
I. Rechtshängigkeit	724
II. Rechtskraft	724
C. Das Rechtsschutzbedürfnis	726
D. Die (notwendige) richtige Kostenverteilung	729
Kapitel 52 Die sonstigen Klageformen im Wettbewerbsprozess	731
A. Die Beseitigungsklage	732
I. Wesen und Zulässigkeit	732
II. Der Klageantrag	732
III. Vorläufige Vollstreckbarkeit	732
B. Die Klage auf Auskunft oder Rechnungslegung	733
I. Wesen und Zulässigkeit	733
II. Der Klageantrag	733
III. Erledigung im Verfahren	734
C. Die Feststellungsklage	734
I. Formen	734
II. Das Feststellungsinteresse	736
1. Das Verhältnis der positiven Feststellungsklage zur Leistungsklage	737
2. Das Feststellungsinteresse der negativen Feststellungsklage	738
3. Die Feststellungsklage als Mittel zur Ergänzung einer Unterlassungsverfügung	741
4. Die Feststellungsklage als Mittel zur Bekämpfung einer Unterlassungsverfügung	742
III. Die materiellen Voraussetzungen der Schadensersatzfeststellungsklage	742
D. Die Zahlungsklage	743
I. Die Bedeutung der wettbewerbsrechtlichen Zahlungsklage	743
II. Die Erweiterung der Möglichkeiten wettbewerblicher Zahlungsklagen	744

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 3 Die einstweilige Verfügung im Wettbewerbsrecht	749
Kapitel 53 Einführung	749
A. Die Bedeutung der einstweiligen Verfügung	749
B. Die Risiken der einstweiligen Verfügung	750
C. Die gesetzlichen Grundlagen der einstweiligen Verfügung	750
D. Die Besonderheiten der Rechtsprechung zur wettbewerbsrechtlichen einstweiligen Verfügung	751
Kapitel 54 Die besonderen Voraussetzungen der (wettbewerbsrechtlichen) einstweiligen Verfügung	752
A. Abgrenzung	754
B. Zuständigkeit	754
I. Grundregel	754
1. Antrag bei Anhängigkeit der Hauptsache	754
2. Antrag ohne anhängige Hauptsache	756
II. Ausnahme bei besonders dringenden Fällen	756
III. Ausschließliche Zuständigkeit	757
C. Verfügungsanspruch	757
D. Postulationsfähigkeit	759
E. Verfügungsgrund	760
I. Begriff und Wesen	760
II. Die Feststellung des Verfügunggrundes	762
III. Die Bedeutung des § 12 Abs. 1 UWG	762
IV. Die Dringlichkeit und ihre Widerlegung im Einzelnen	767
1. Dringlichkeitsschädliches Verhalten des Gläubigers	767
2. Bestimmung der zeitlichen Grenze	772
3. Verzögerungen im laufenden Verfahren	773
4. Kenntniserlangung des Gläubigers	775
5. Besonderheiten bei Verbänden	777
6. Zureichende Gründe für eine Verzögerung	779
7. Wiederaufleben der Dringlichkeit	779
8. Anderweitige vorläufige Vollstreckungsmöglichkeit	780
F. Verfügungsantrag	780
G. Darlegung und Glaubhaftmachung	783
Kapitel 55 Das summarische Verfahren und seine Entscheidung	786
A. Rechtshängigkeit	788
B. Antragsrücknahme	789
C. Entscheidung durch Beschluss	791
I. Fakultative mündliche Verhandlung	791
II. Schriftliche Anhörung	792
III. Gerichtliche Entscheidung	793
1. Stattgebende Entscheidung	793
2. Zurückweisung des Antrags	795
IV. Beschwerdeverfahren	796
1. Folgen von Verstößen gegen die prozessuale Waffengleichheit	796
2. Veranlassung durch Antragsteller	798
D. Widerspruch	798
I. Allgemeine Regeln	798
II. Kostenwiderspruch	799
III. Zeitpunkt des Wirksamwerdens einer aufhebenden Entscheidung	801
E. Entscheidung nach mündlicher Verhandlung	803
I. Terminbestimmung	803
II. Verfahrensbesonderheiten	803
1. Ladungs- und Einlassungsfristen	804
2. Verweisung an das zuständige Gericht	805
3. Aussetzung, insbesondere zur Vorlage an ein anderes Gericht	805

4. Erledigung der Hauptsache	806
5. Wirkungen von Anerkenntnis und Vergleich	809
III. Entscheidung	810
F. Vollziehung der einstweiligen Verfügung	812
I. Funktionen der Vollziehung	812
II. Notwendigkeit der Vollziehung	813
III. Form der Vollziehung	813
1. Bei Anordnung von realen Maßnahmen	813
2. Bei Geboten oder Verboten	815
IV. Zustellung	817
1. Form	817
2. Heilung von Zustellungsmängeln	819
V. Neue Vollziehungsfrist bei Bestätigung oder Abänderung von Beschlussverfügungen?	820
VI. Folgen der Versäumung der Vollziehungsfrist	821
G. Schutzschrift	823
I. Begriff und Wesen	823
II. Kostenfolgen	825
Kapitel 56 Die Behelfe und Verfahren gemäß §§ 926, 927 ZPO	828
A. Einleitung	828
B. Die Anordnung der Klageerhebung nach § 926 ZPO	829
I. Wesen und Zweck der Anordnung	829
II. Allgemeine Regeln	829
III. Die Zulässigkeit des Antrags, insb. das Rechtsschutzbedürfnis	829
1. Darstellung des Meinungsstands zur Frage des Rechtsschutzbedürfnisses	830
2. Eigene Stellungnahme	831
IV. Erfolg des Antrags	832
V. Die Befolgung der Anordnung	833
VI. Die Folgen der Nichtbefolgung der Anordnung	835
C. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung gem. § 927 ZPO	835
I. Wesen und Zweck der Vorschrift	835
II. Zuständigkeit	836
III. Veränderte Umstände	836
1. Versäumung von Fristen	837
2. Wegfall der Dringlichkeit	837
3. Wegfall des Verfügungsanspruchs	838
4. Entscheidung in der Hauptsache	838
5. Sonstige Änderungen	839
6. Auswechseln der Begründung	840
IV. Die Frage der zeitlichen Begrenzung (Verwirkung)	840
V. Kostenfragen	841
1. Grundsatz	841
2. Ausnahmen	842
VI. Die Wirkung der Aufhebungentscheidung	843
D. Das Verhältnis der Behelfe der §§ 926, 927 ZPO zueinander sowie zu anderen Rechtsbehelfen des Schuldners	844
Abschnitt 4 Besonderheiten der Zwangsvollstreckung	845
Kapitel 57 Der Unterlassungstitel und seine Vollstreckung	845
A. Die Grundlagen und Voraussetzungen der Unterlassungsvollstreckung	847
B. Der Unterlassungstitel	848
I. Die Arten des Unterlassungstitels	848
II. Die Form des Unterlassungstitels und seine Regelungsgrundlagen	848
III. Der Inhalt des Unterlassungstitels	848

Inhaltsverzeichnis

IV.	Der »Schutzmfang« des Unterlassungstitels	850
V.	Die Einschränkung des Unterlassungstitels durch Gewährung einer Aufbrauchfrist.	855
C.	Die Vollstreckung des Unterlassungstitels.	858
I.	Die Ordnungsmittel und ihre Androhung.	858
II.	Die Zu widerhandlung.	859
1.	Handlung	859
2.	Verschulden	860
III.	Das Festsetzungsverfahren	864
IV.	Die Vollstreckung nach Titelfortfall.	869
V.	Die einstweilige Einstellung der Vollstreckung.	870
VI.	Die Kosten der Vollstreckung	872
VII.	Vollstreckung von Ordnungsgeldbeschlüssen im EU-Ausland	872
D.	Die Änderung oder Beseitigung von Vollstreckungstiteln.	873
I.	Allgemeines	873
II.	Die Vollstreckungsabwehrklage	874
III.	Die Abänderungsklage.	876
IV.	Die Feststellungsklage	876
E.	Die Verjährung der Ordnungsmittelvollstreckung	876
Kapitel 58 Die Vollstreckung des Beseitigungstitels und des Titels auf Auskunftserteilung		878
A.	Allgemeines	878
B.	Der Beseitigungstitel	879
I.	Die Arten und Formen des Titels.	879
II.	Der Inhalt des Titels	879
C.	Die Vollstreckung des Beseitigungstitels (einschließlich des Titels auf Auskunftserteilung)	880
I.	Die Grundlagen der Vollstreckung.	880
II.	Die Zuständigkeit	881
III.	Die Form der Entscheidung	881
IV.	Der Inhalt des Beschlusses.	881
V.	Der Einwand der Erfüllung	881
VI.	Die Frage des Verschuldens	882
VII.	Die Vollstreckung bei Mitwirkung eines Dritten	882
VIII.	Die Kostentragungspflicht	883
D.	Der Angriff gegen einen rechtskräftigen Beseitigungstitel	883
Verzeichnis der EuGH-Entscheidungen nach Aktenzeichen		885
Verzeichnis der BGH-Entscheidungen mit Entscheidungsname.		891
Stichwortverzeichnis.		945